

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden: über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1987) : Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden: über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren, In: "Historikerstreit": die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. 3. Aufl., ISBN 3-492-10816-4, Piper, München ; Zürich, pp. 132-142

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112320>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden

Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit
von NS-Verbrechen zu relativieren

Anders als in den 60er und 70er Jahren braucht die Relevanz der Geschichte heute nicht besonders bewiesen zu werden. Gegenwärtig besteht kein Mangel an historischem Interesse. Historische Ausstellungen erfreuen sich großer Beliebtheit. Die Regierungen haben Geld für historische Museen. In renommierten Taschenbuchreihen florieren »Historische Bibliotheken«. Kulturhistorisches verkauft sich gut, die Nachfrage nach Soziologie ist gesunken. Alternative Bewegungen versuchen, ihre gegenwartskritische Identität durch Umgang mit der Geschichte zu festigen – wie sie sie verstehen. Prominente Historiker schreiben Leitartikel in vielgelesenen Zeitungen. Kontroversen um historische Themen stehen im Zentrum grundsätzlicher intellektueller Auseinandersetzungen von Sozialwissenschaftlern (wie Habermas), Journalisten (wie Fest) und Historikern (wie Nolte). Es wäre falsch, über Geschichtsvergessenheit zu klagen.

Die Gründe des Interesses an Geschichte haben sich verschoben. Nicht so sehr Aufklärung, Kritik von Selbstverständlichkeiten und Beiträge zur Emanzipation erwartet die öffentliche Diskussion von der Beschäftigung mit der Geschichte, vielmehr: Hilfen zur Identitätsfindung oder gar Beiträge zur Sinnstiftung. »Zustimmungsfähige Vergangenheit« ist gewünscht, Geschichte als Tradition zur Stärkung der kollektiven Identität und Konsensbildung. Die Suche nach zustimmungsfähiger Vergangenheit und die Pflege identitätsfördernder Erinnerung treten in sehr verschiedenen Formen auf. Drei davon seien kurz diskutiert.

Da gibt es den Versuch, die Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Verbrechen zwar nicht zu leugnen, aber doch zu relativieren und ihren Ort in der Geschichte neu zu definieren. Zwar ist es wenig verwunderlich und an sich nicht zu kritisieren, daß man auch an jenen dunkelsten Abschnitt unserer Geschichte aus dem zeitlichen Abstand eines halben Jahrhunderts andere Fragen richtet als unmittelbar nach ihrem Ende. Dies schon deshalb, weil man heute die Kurz- und Langzeitfolgen (zu denen auch teilweise die Stabilität der Bundesrepublik gehört) besser und anders übersieht als unmittelbar nach der Katastrophe.

Aber wenn Hermann Lübbe die Verdrängung jener Vergangenheit und den Verzicht auf grundsätzliche Auseinandersetzung um die Verantwortung für sie nach 1945 als Bedingungen einer Versöhnung lobt, die die Bundesrepublik zu ihrem Überleben und ihrer Stabilität brauchte, dann muß man nicht den wahren Kern dieser These leugnen, um doch dagegenzuhalten, daß diese Verdrängungsstrategie gleichzeitig tiefgreifende politisch-moralische »Kosten« hatte und mit ihr neue Glaubwürdigkeitsdefizite eingehandelt wurden, ohne die die Schärfe der Protestbewegungen der späten 60er/frühen 70er Jahre nicht verstanden werden kann und die dieses Gemeinwesen bis heute belasten. Man sollte – anders als Lübbe – die nüchterne Einsicht in die teilweise heilenden Folgen jener Verdrängung mit der Empörung über die Ungerechtigkeit verbinden können, die jener Verzicht auf Abrechnung mit den Verbrechen für deren Opfer bedeutet hat – und zwar nicht nur aus moralischen Gründen, die ja auch im historisierenden Diskurs des Philosophen nicht ganz fehlen müssen, sondern auch im Interesse einer dann zwar kurzfristig weniger leicht »zustimmungsfähigen«, aber letztlich wahrscheinlich tragfähigeren Geschichtssicht.

Die Relativierung der nationalsozialistischen Periode hat Ernst Nolte in seinem kontrovers diskutierten Aufsatz »Vergangenheit, die nicht vergehen will« (FAZ vom 6. 6. 86) ein ganzes Stück weiter getrieben. Zwei Argumentationsstränge sollte man in seinem Beitrag auseinanderhalten:

a) Zum einen will er »die sogenannte Vernichtung der Juden während des Dritten Reiches« ihrer scheinbaren Einzigartigkeit entkleiden: andere Völkermorde seien ihr vorausgegangen (türkische Armenierverfolgung, stalinistischer Massenterror) und gefolgt (Pol Pot z. B.). Gegen historische Vergleiche ist nun nichts einzuwenden, ganz im Gegenteil. Sie sind auch nicht neu. Mit dem Begriff des Totalitarismus hat man unleugbare Ähnlichkeiten zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus herausgearbeitet, so ihre gemeinsame Feindschaft gegenüber dem liberal-demokratischen Verfassungsstaat, ihre ähnlichen Unterdrückungsformen und eben auch in der Tat die Massenvernichtungen.

Dies anzuerkennen, bedeutet keine Verharmlosung der »deutschen Katastrophe«, bedeutet auch keine Diskreditierung des Faschismusbegriffs, der die ebenfalls unleugbaren tiefen Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus herauszuarbeiten erlaubt: wichtige Unterschiede der Ideologie und der jeweiligen Zukunftsvorstellungen, der sozialen Ursachen und Folgen, des Ortes und Stellenwertes im historischen Entwicklungsprozeß.

Auch auf die gesamteuropäische Dimension der nationalsozialistischen Judenvernichtung im Unterschied zur innersowjetischen Dimension der stalinistischen Kulakenvernichtung hat man zu Recht verwiesen. Und es bleibt ein qualitativer Unterschied zwischen der bürokratisierten, leidenschaftslosen, perfekten Systematik des Massenmords im durchindustrialisierten, vergleichsweise hochorganisierten Reiche Hitlers und der brutalen Mischung von Bürgerkriegsexzessen, Massen-»Liquidierungen«, Sklavenarbeit und Verhungernlassen im rückständigen Reiche Stalins.

Wie gesagt, für Vergleiche, die immer nach Ähnlichkeiten und Unterschieden fragen müssen, wird man auch bei diesem Thema als Historiker eintreten, so sehr sich das Gefühl, der Takt, der Respekt vor den Millionen Toten gegen das »Aufrechnen« von Ungeheuerlichkeiten sträuben mögen. Aber zugleich empfiehlt sich der Vergleich mit den Gesellschaften der westlichen Welt, mit denen wir uns sonst traditionell gern vergleichen, die uns nach Entwicklungsstand, Gesellschaftsstruk-

tur und politischen Ansprüchen verwandter, ähnlicher sind und die nicht faschistisch bzw. totalitär pervertierten. Die sich in diesem Vergleichsfeld ergebende Singularität der deutschen Entwicklung sollte durch Vergleich mit Stalin und Pol Pot nicht verdrängt werden; sie bleibt wichtig, bedrohend und beschämend.

Warum sprechen Nolte und Joachim Fest, der ihn gegen die Kritik Habermas' erstaunlich radikal verteidigt (FAZ, 29.8.86), davon so wenig? Was sind die Absichten und die Funktionen dieser Selektion? Zweifellos ist es bei der Suche nach Ursachen, Charakter und Folgen des deutschen Nationalsozialismus ertragreicher, angemessener und gerechter, Weimar-Deutschland und Hitler-Deutschland mit dem zeitgenössischen Frankreich oder England zu vergleichen als mit dem Kambodscha Pol Pots oder mit Idi Amins Uganda. Das hat nichts mit »Hochmut« und »Herrenvolkgesinnung« zu tun, wie Fest unterstellt, sondern mit dem zivilisationsgeschichtlichen Wissen über den Zusammenhang von ökonomischem Entwicklungsstand und Möglichkeiten gesellschaftlich-politischer Organisation wie auch mit dem Ernstnehmen unserer europäischen Tradition, aus der Aufklärung, Menschenrechte und Verfassungsstaat nicht weggedacht werden können. Wie könnte man es rechtfertigen, die nationalsozialistische Vernichtungspolitik nicht auf diesem Hintergrund einmal erreichter, nunmehr tief verletzter Ansprüche einzuordnen? In Grundentscheidungen historischer Argumentation verknüpfen sich immer Wissenschaft, Moral und Politik. Das erklärt die Schärfe mancher Kontroversen und warnt zugleich vor ihrer Verschärfung.

b) Zum anderen legt Nolte nahe, die »asiatische« Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten als doch nicht ganz unverständliche Reaktion auf die vorgängige Vernichtungsdrohung zu verstehen, als deren potentielle oder wirkliche Opfer sich Hitler und die Nationalsozialisten angeblich nicht ganz zu Unrecht sahen. »War nicht der ›Archipel GULag‹ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ›Klassenmord‹ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ›Rassenmords‹ der Nationalsozialisten?« Und an anderer Stelle verweist er auf die vor-

gängige »Kriegserklärung«, die seitens des jüdischen Weltkongresses 1939 gegen Deutschland abgegeben worden sei. (a)

Diese Bemerkungen Noltes, die Fest verteidigt, haben nun nichts mehr mit nüchterner historischer Motivations- und Kausalanalyse zu tun. Die wirklichen Ursachen des Antisemitismus in Deutschland sind weder in Rußland noch beim jüdischen Weltkongreß zu finden. Und wie kann man im Lichte der Tatsachen die nationalsozialistische Judenvernichtung als ein auch nur irgendwie konsequentes, wenn auch antizipierendes Abwehrmittel gegen drohende Vernichtung aus der Sowjetunion deuten, mit der man bis 1941 paktiert und die man dann angreift? Hier würde die nüchterne geschichtswissenschaftliche Frage nach realhistorischen Zusammenhängen, nach Ursachen und Folgen, nach wirklichen Motiven und deren Bedingungen ausreichen, um sich und die Leser vor abstrus-spekulativen Deutungen zu schützen. Nolte unterläßt solche Fragen. Wenn »zustimmungsfähige« Vergangenheit nur durch intellektuelle Bocksprünge dieser Art zu gewinnen ist, dann sollten wir darauf verzichten.

Geschichten statt Geschichte

Mit solchen Revisionen unseres nationalen Geschichtsbilds haben die »Alltagshistoriker« in den »Geschichtswerkstätten« in der Regel nichts zu tun, so vielfältig die Strömungen auch sind, die sich in der »neuen Geschichtsbewegung« (so die Sprache der Medien) finden. Politisch, moralisch und intellektuell ist die Arbeit dieser wenig professionellen, institutionell kaum abgestützten Lokalhistoriker meist anders zu verorten: eher kritisch gegenüber der nationalgeschichtlichen Tradition, eher links in vielen Beziehungen.

Trotzdem, auch sie betreiben Geschichte häufig zu identifikatorischen Zwecken. Grab, wo du stehst (wozu? – um die eigenen Wurzeln zu finden). Rekonstruktion der Betroffenheitserfahrungen und Lebensweisen der kleinen Leute im eigenen Raum, auch um sich selbst in der Geschichte »wiederzufinden«. Lebensweltbezogene Mikrogeschichte als Mittel zur

Fundierung und Absicherung der Identität im kleinen, überschaubaren Raum des Stadtteils, der jeweiligen Bewegung, vielleicht auch der Landschaft.

Dies soll hier nicht grundsätzlich angegriffen werden, wie dies überhaupt nicht der Ort ist, die unbestreitbaren Vorzüge und Leistungen der Alltagsgeschichte und der Geschichtswerkstätten gegenüber ihren unübersehbaren Defiziten, Illusionen und Einseitigkeiten umfassend abzuwägen. Hier sei nur auf einen Preis hingewiesen, der für diese Form von Mikrogeschichte meistens zu zahlen ist: der Verzicht auf die Erkenntnis der Zusammenhänge, die Ignorierung der »großen Fragen« nach Staats- und Klassenbildung, nach Religionen und Kirchen, nach Industrialisierung und Kapitalismus, nach Nation und Revolution, nach den grundsätzlichen Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus, nach den deutschen Besonderheiten im internationalen Vergleich.

Solche Fragen lassen sich nämlich über Betroffenheitsgeschichte und oral History nicht recht erschließen. Zu ihrer Beantwortung braucht man komplizierte Begriffe und breite Lektüre, Theorien und sehr langen Atem – eben das, was am ehesten die professionelle Geschichtswissenschaft bieten kann, die sich dazu der Freiräume und Mittel der Hochschulen bedienen, auf langwierige Ausbildungsprozesse zurückgreifen und die Vorteile der Arbeitsteilung ausnutzen kann. Einen direkten, schnellen, unprofessionellen Weg zur Erkenntnis der langzeitlichen Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik gibt es leider nicht.

Aber es müßte auch aus der Perspektive der Alltagshistoriker dringend sein, diese mit ihren Methoden nicht zu erwerbenden Zusammenhangserkenntnisse nicht zu ignorieren. Denn einerseits sind die sich wandelnden Strukturen und Erfahrungen noch im kleinsten Raum in hohem Maße Ergebnis jener größeren Zusammenhänge und Prozesse, also ohne Rekurs auf diese nicht zu begreifen. Andererseits spielt sich ein großer Teil unserer Politik und damit der Weichenstellungen, die die einzelnen Personen und die kleinsten Gruppen betreffen, notwendig im überlokalen, überregionalen Raum ab. Ein Verzicht auf die »großen Fragen« der Geschichte bedeutet leicht: Verlust der Politikfähigkeit (so Richard Löwenthal).

Schließlich ist zwar nichts gegen die Existenz mehrerer, auch nicht-kompatibler »Geschichtsbilder« zu sagen. Aber im Interesse an ihrer Geltung oder Wahrheit und im Interesse am immer neu zu erarbeitenden Konsens in wichtigen Fragen, der in der Tat zu einer demokratisch-liberalen politischen Kultur gehört, sollten sie sich nicht gegenseitig ignorieren. Durch Ablendung der »großen Fragen« leisten die Alltagshistoriker dem Vorschub. Sie puzzeln vor sich hin. Eine Infragestellung anderer Geschichtsbilder bedeuten sie deshalb ebensowenig, wie sie sich durch diese selbst in Frage stellen lassen. Eine Partialisierung des Geschichtsverständnisses ist zu konstatieren. Kleinräumige Identifikation durch Ablendung der Zusammenhänge – dies ist intellektuell nicht befriedigend und politisch letztlich problematisch.

Mittellage (b)

Schließlich soll auf einen dritten – nationalgeschichtlichen – Versuch eingegangen werden, die Frage der Identität zu beantworten. Er ist politisch ambivalent, intellektuell anregend, aber letztlich unbefriedigend. Ich meine die zeitgemäß modifizierte Wiederaufnahme der alten These vom deutschen Sonderweg in der Mitte Europas.

»Daß das Maß von Freiheit, das in einem Staate vernünftigerweise stattfinden kann, umgekehrt proportional dem militärisch-politischen Druck sei, der auf seine Grenzen vom Ausland her ausgeübt wird«, diese Überzeugung des Engländers J. R. Seeley teilten bis 1918 viele deutsche Historiker. Sie begründeten und rechtfertigten damit, daß Deutschland in seiner außenpolitisch exponierten Mittellage – und mit seinen spezifischen Traditionen – sich kaum Parlamentarisierung leisten könne, sondern militärisch-bürokratisch geprägter Obrigkeitsstaat bleiben, also insofern (im Vergleich zu Westeuropa) einen »Sonderweg« gehen müsse.

Kluge Historiker wie Otto Hintze gaben diese Sichtweise nach 1918 auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand sie kaum noch Verteidiger. Erst Ende der 70er Jahre wurde sie in einer

kritischen Variante wieder aufgenommen, und zwar von dem Amerikaner D. P. Calleo, der die historischen Schwierigkeiten und seines Erachtens weiter bestehenden Unberechenbarkeiten der Deutschen nicht sehr überzeugend aus ihrer geographischen Mittellage zu erklären versuchte. Dann bedienten sich Michael Stürmer und Hagen Schulze in ihren bei Siedler veröffentlichten, gewichtigen Büchern über »Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918« und »Weimar« der neuen geohistorischen Hypothese, und seitdem macht diese Sicht eine gewisse Karriere, bis hinein in die früheren Reden des gegenwärtigen Bundespräsidenten v. Weizsäcker. Die Sicht paßt eigentlich gut zum Wunsch nach Äquidistanz gegenüber Osten und Westen (einem Wunsch, der von Stürmer, Schulze und v. Weizsäcker allerdings nicht vertreten, sondern abgelehnt wird). Diese Sicht ließe sich gut zur Begründung neuer deutscher Sonderwege benutzen, wer weiß, auf welchen Gebieten. Darin steckt ihre politische Brisanz.

»Die große Konstante der deutschen Geschichte ist die Mittellage in Europa; Deutschlands Schicksal ist die Geographie« (H. Schulze). Dahinter steckt die Überzeugung, daß das europäische Gleichgewicht eine schwache Mitte voraussetzte und insofern die staatsrechtliche Vielgliedrigkeit des Alten Reiches und des Deutschen Bundes im Grunde die angemessenere Lösung gewesen sei. Die Gründung des Deutschen Reiches im »Herzen Europas« habe dann 1871 eine tiefgreifende Gleichgewichtsstörung bedeutet. Diese sei nur vorübergehend den europäischen Mächten durch die maßvolle Außenpolitik Bismarcks akzeptabel gemacht worden, die aber nur gelingen konnte, solange sie mit einer, die innere Dynamik des Kaiserreichs in Schranken haltenden obrigkeitsstaatlichen Verfassungs- und Repressionspolitik verbunden war. »Deutschland wird von seinen Nachbarn so lange und gerade eben noch ertragen, wie der Deckel fest auf seinem brodelnden Innern sitzt. Aus diesem Grund wird der Weltkrieg früher oder später unvermeidlich, als Bismarcks Nachfolger dessen Politik der strikten Beschränkung . . . aufgeben und die Macht der alten preußischen Oberschicht . . . zunehmend unterhöhlt wird. Das Aufkommen organisierter Verbandsinteressen, nationalistischer

und imperialistischer Massenorganisationen, der allmähliche Parlamentarisierungsprozeß und der schleichende Machtverlust des preußischen Staatsministeriums . . . – alles das hängt miteinander zusammen und zerstört unaufhaltsam die Begrenzungen, die das europäische System der Existenz des deutschen Nationalstaats setzt. Der Konflikt ist unter diesen Umständen so absehbar wie die deutsche Niederlage, und wahrscheinlich ist auch die anschließende Auflösung des Deutschen Reichs.«

Es ist klar, daß sich diese Sichtweise gegen die lange vorherrschende liberale Interpretation des Kaiserreichs wendet, wie sie u. a. von Hans Rosenberg, Ernst Fraenkel, Fritz Fischer, Gerhard A. Ritter, Hans-Ulrich Wehler, Hans-Jürgen Puhle, Heinrich August Winkler, Wolfgang Mommsen, Gordon Craig und früher auch von Karl-Dietrich Bracher vertreten wurde – in jeweils anderen Varianten. Während aus dieser liberalen Sicht die obrigkeitsstaatlich-vorparlamentarische Struktur des Kaiserreichs als konfliktverschärfende Belastung und langfristig wirkendes Hindernis liberaler Demokratisierung in Deutschland begriffen wurde, erscheint der vorparlamentarisch-obrigkeitsstaatliche Charakter des Reichs bei Stürmer und Schulze als berechtigte Konsequenz der geographischen Mittellage und als Garant des Friedens, der nur leider auf Dauer den Kräften der Bewegung nicht gewachsen war.

Während die verhinderte Parlamentarisierung und die fortwauernde Dominanz traditionaler Eliten aus Adel, Militär und Bürokratie zumeist als Strukturdefizite des Kaiserreichs angesehen wurden, hätten nach Stürmer und Schulze eine frühere Parlamentarisierung und gründlichere Demokratisierung die Politik des Reiches nur noch maßloser gemacht; ihrer Meinung nach litt das Reich eher unter einem Zuviel an Demokratisierung, Mobilisierung und Dynamik, weniger an seiner obrigkeitsstaatlichen Starre. Eine besondere Gefahr stellte dieses Reich nicht deswegen dar, weil es etwa expansiver und aggressiver war als seine westlichen Nachbarn, sondern weil die an sich »normale« Expansivität dieses Reiches nicht mit seiner geographischen Lage vereinbar war.

Aber diese Sichtweise kann nicht überzeugen. Mit ihr kann man nicht erklären, warum und mit welcher Notwendigkeit

dieses Reich in der Mitte seine innere Dynamik entwickelte und schließlich nach außen lenkte. Und sie übersieht, daß es gerade die obrigkeitsstaatlich-vorparlamentarische Unbeweglichkeit der Reichsverfassung war, die die auf Partizipation dringenden sozialen und politischen Kräfte ins Abseits drängte und so irrational-destruktive Strömungen hervorbringen half, die dann destabilisierend wirkten, nach innen und außen.

Grundsätzlicher noch: Die Geographie als solche erklärt wenig. Auch die Schweiz und Polen liegen »in der Mitte«, und doch haben sie eine ganz andere Geschichte. Mit der geographischen Lage Deutschlands sind im Laufe der Jahrhunderte ganz unterschiedliche Verfassungsstrukturen und Bündniskonstellationen vereinbar gewesen. Die Definition der Mitte ist selbst ein historisches Phänomen und ändert sich mit der Zeit. Auf dem Wiener Kongreß z. B. war das geschlagene und als gefährlich erachtete Frankreich der Staat in der Mitte zwischen England einerseits, dem entstehenden Deutschen Bund und dem Zarenreich, andererseits. Die Geographie ist weder Schicksal noch erklärt sie viel. Auch so läßt sich die Frage nach der deutschen Identität nicht beantworten, wenn es sich auch gut macht, bedeutungsschwer von der Lage im Herzen Europas und der damit verbundenen schicksalhaften Erbschaft zu munkeln.

Kritik als Identität

Weder durch relativierende Einebnung der nationalsozialistischen Periode und anderer dunkler Punkte unserer Vergangenheit noch durch die liebevolle Zeichnung alltagshistorischer Miniaturen, noch durch einen neuen kurzschlüssigen Geographismus sollten die Historiker auf die Zumutung reagieren, Identität zu stiften. Ihre Aufgabe ist die Beschreibung, Erklärung und Darstellung vergangener Wirklichkeit mit wissenschaftlichen Mitteln unter den sich wandelnden und nie einheitlichen, zukunftsorientierten Problemstellungen der Gegenwart. Indem sie die Gegenwart in ein möglichst aufgeklärtes – und das heißt zutreffendes, umfassendes, gemeinsames und

kritisches – Verhältnis zu ihrer Vergangenheit zu setzen helfen, erfüllen sie wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse und tragen in einem grundsätzlichen und vermittelten Sinn zur Identitätsfindung bei, vorausgesetzt, man benutzt einen Begriff von Identität, der Selbst-Distanzierung und Reflexion ebenso einschließt wie ständigen Wandel und immer erneute Kritik.

Quelle: Frankfurter Rundschau, 23. September 1986

Anmerkung des Autors: Titel und Untertitel wurden dem Text von der Redaktion der Frankfurter Rundschau hinzugefügt. Eine Langfassung des Beitrags erschien unter dem Titel »Kritik und Identität. Nationalsozialismus, Alltag und Geographie«, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Oktober 1986, S. 890 – 897.

Zu (a): Diese Formulierung ist zu Recht als ungenau kritisiert worden. Der Bezug ist auf E. Nolte, *Between Myth and Revisionism? The Third Reich in the Perspective of the 1980s*, in: H. W. Koch (Hg.), *Aspects of the Third Reich*, London 1985, S. 17 – 38, hier S. 27f., vgl. Text Nr. 1 in diesem Bd. Nolte erwähnt »Chaim Weizmann's official declaration in the first days of September 1939, according to which Jews in the whole world would fight on the side of England«. Nolte zitiert dies nach der ungenauen Wiedergabe im »Archiv der Gegenwart« 1939. Der volle Wortlaut dieses von Weizmann am 29. August 1939 an den britischen Premierminister Neville Chamberlain geschriebenen Briefes findet sich in: *Letters and Papers of Chaim Weizmann. Series A: Letters*, vol. XIX, January 1935 – June 1940, Jerusalem 1977, S. 145. Weizmann bot darin für die Jewish Agency (damals eine als öffentliche Körperschaft anerkannte Vertretung der »World Zionist Organization« für Palästina, die u. a. die britische Mandatsregierung in Palästina beriet) die Beteiligung der Juden an militärischen Maßnahmen unter britischer Leitung an. »In this hour of supreme crisis . . . the Jews stand by Great Britain and will fight on the side of the democracies«. Nolte interpretiert die Stellungnahme Weizmanns als »something like a declaration of war« und folgert unhaltbarerweise: »...it might justify the consequential thesis that Hitler was allowed to treat the German Jews as prisoners of war and by this means to intern them«. – Weizmann war 1929–31 und 1935–46 Präsident der World Zionist Organization (WZO), die regelmäßig den Zionistischen Weltkongreß abhielt. Der Brief dürfte im Rahmen des 21. Zionistischen Weltkongresses 1939 in Genf geschrieben worden sein. Zwischen WZO und Jewish Agency bestanden enge Verknüpfungen. Der Brief ist im Zusammenhang der Beziehungen zwischen der britischen Mandatsregierung in Palästina und der Jewish Agency zu sehen. Das wird am Wortlaut des Briefes deutlich.

Zu (b): Der mit »Mittellage« überschriebene Abschnitt findet sich teils wörtlich, teils sinngemäß bereits in meiner Rezension der Bücher »Das ruhelose Reich. Deutschland 1866 – 1918« von M. Stürmer und »Weimar« von H. Schulze in: *Geschichtsdidaktik* 9 (1984), S. 79 – 83.